

Aufstehen – mitmachen – aktiv werden

Die politische Wende gibt es nicht zum Nulltarif!

Wahljahr 2019

Das Jahr 2019 ist ein sogenanntes Superwahljahr. Neben den kommunalen Wahlen und den EU-Wahlen am 26. Mai, wird es mit der Landtagswahl Ende Oktober die Möglichkeit geben, die AfD als stärkste Kraft in den Erfurter Landtag zu wählen und Thüringen von der rot-rot-grünen Ideologiepolitik zu befreien.

Dass dies nur durch viel Arbeit zu leisten sein wird, ist wohl jedem Sympathisanten klar. Auch, dass dabei wirklich jede helfende Hand, ob nun Mitglied oder nicht, gebraucht wird. Es gilt Kandidaten zu finden oder selbst zu kandidieren, Flyer und Zeitungen zu verteilen, an Infoständen zu unterstützen, zu plakatieren, Mithelfer zu gewinnen, die Wahlen zu beobachten, also Staub an den Füßen zu sammeln, wie Björn Höcke es so treffend formuliert. Denn eine Partei ist vor allem im Wahlkampf nur so stark, wie die Zahl der Menschen, die aktiv helfen.

Jetzt mitmachen

Was dieses Jahr so besonders macht ist darüber hinaus, dass es vielleicht die letzte Chance ist, das Ruder im Land wieder in die richtige Stellung zu bringen. Gerade angesichts der Lage in Deutschland, die sich durch die Altpolitik täglich verschärft – nehmen wir das über allem schwebende Thema Migration, die Rente oder die Innere Sicherheit – sollte jedem vernünftigen Bürger klar sein, dass es JETZT darum geht aktiv zu werden. Nicht morgen oder übermorgen oder 2020, jetzt.

Doch noch immer scheuen sich Viele, aus den verschiedensten Gründen, an Landesparteitagen teilzunehmen, Bürgerabende in den Kreisverbänden zu besuchen oder am Infostand Gesicht zu zeigen. Weil



sie soziale Ächtung und Repressalien durch linke Denunziation befürchten. Weil sie sich eigentlich nie in einer Partei engagieren wollten. Oder weil sie einen Teil ihrer Freizeit nicht opfern wollen, auch das ist menschlich, aber schade.

Die große und gute Arbeit, welche in den Verbänden geleistet wird, könnte auf viel mehr Schultern verteilt sein. Doch noch immer trauen sich viele Menschen nicht, ob AfD-Mitglied oder Anhänger, sich zu engagieren, sie schieben es hinaus, warten ab, sind still. Obwohl die Not jeden Tag größer wird. Obwohl Thüringen zunehmend unter Rot-Rot-Grün leidet, beispielsweise beim Thema „Energiewende“. Obwohl es Deutschland schon länger nicht mehr gut geht.

Was jeder tun kann

Dabei ist es einfach, der Partei, die doch allen deutschen Bürgern nutzt, zu helfen. Eine Stunde am Wochenende Flyer verteilen, an einem Bürgerdialog teilnehmen, „auch wenn“ er eine halbe Stunde Fahrtzeit entfernt ist, mehr als „nur“ die vielen tollen Beiträge der AfD im Internet

mit einem „gefällt mir“ markieren, mit auf die Straße gehen, auf Demonstrationen, oder den zugehörigen Kreisvorstand fragen, wo und wie man helfen kann, das ist nur eine Mail entfernt.

Die politische Wende in Deutschland gibt es nicht zum Nulltarif! Es gibt in einer echten Demokratie keine Flatrate gesellschaftlicher Teilhabe. Nichts, wofür es sich zu kämpfen lohnt, ist umsonst.

Worauf warten Sie? Dass die Zeiten besser werden? Das wird ohne Einsatz nicht geschehen! Dass die Katastrophe an Ihnen vorbei rauscht? Auch das wird nicht geschehen, denn Sie stehen als deutscher Bürger mitten im Dilemma! Die Zukunft Deutschlands, die Zukunft Ihrer Kinder und Enkel ist es wert, mehr als alles andere, sich für sie einzusetzen, mit Energie, mit Zeit, mit Kraft.

Der Osten hat es schon einmal vorgemacht

Die Bürger im Osten des Landes haben es doch selbst erlebt. Sie haben sich gewehrt, sie waren mutig und aktiv. Damit haben wir „Ossi“ den Menschen in den ehemaligen

Westbundesländern einen erheblichen Erfahrungsschatz voraus, den wir auch JETZT wieder ausspielen sollten. Wir wissen, dass Dinge sich wenden können und wir wissen, wie es geht. Deutschland ist an einem Punkt, an dem jeder Verantwortung fühlende Bürger (wieder) aufbegehren muss. Das gebietet die Vernunft, das gebietet der Mut. Vom Staatsrundfunk sediert oder sich hinter Ausreden versteckend auf dem Sofa sitzen bringt keine Veränderung, sondern die eigene Beteiligung führt zu Veränderung.

Die Alternative zum Altsystem heißt AfD, und die Alternative zum stummen, inaktiven und obrigkeitshörigen Bürger, ist der Bürger, der sich einsetzt und Gesicht zeigt, der mit anpackt, der dabei ist, um Geschichte zu schreiben und Deutschland auf den richtigen Kurs zu bringen.

Nadine Hoffmann

Am 26.5.
X AfD
wählen!

ab Seite 2: aus dem Kommunalwahlprogramm der AfD

ab Seite 5: Schwerpunkte des Europawahlprogramms der AfD

Seite 8: Für Sie in Thüringen

AfD in die Kommunalparlamente

Bereits sechs Jahre nach ihrer Gründung ist die Alternative für Deutschland (AfD) in allen Landesparlamenten der Republik, im Deutschen Bundestag und im EU-Parlament vertreten. Das ist ein einzigartiger Erfolg, den wir mit dem Einzug in die Stadt- bzw. Gemeinderäte und die Kreistage fortsetzen wollen, um auch kommunal zu einer echten, schlagkräftigen Opposition zur bürgerfernen Altparteienpolitik zu werden.

Die Interessen der Familien mit ihren Kindern stehen für die AfD im Mittelpunkt der Politik. Dazu zählen neben der Senkung der Kita-Gebühren und Bereitstellung ausreichender Kindergarten- und Krippenplätze auch ein gesundes, kostenfreies Speisenangebot. Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum vor allem in den Städten sowie wohnortnahe Versorgung und Dienstleitungen im ländlichen Raum machen Thüringen für junge Familien interessant und lebenswert. Die AfD regt ein Begrüßungsgeld in Höhe von 1.000 Euro für jedes Neugeborene ortsansässiger Familien mit deutscher Staatsbürgerschaft oder einer der Staatsbürgerschaften aus EU-Ländern an.

Ein hoher Bildungsstandard ist der Grundpfeiler für das wirtschaftliche Wohlergehen der ganzen Region. Beginnend mit der Grundschule brauchen wir daher gut ausgestattete Bildungseinrichtungen, in denen unsere Kinder optimal auf das Leben und den Beruf vorbereitet werden, zum Beispiel durch den Erhalt von kleineren Grund- und Regelschulen im ländlichen Raum nach dem Grundsatz **„Kurze Beine – Kurze Wege“**. Der Unterrichtsbeginn muss dem Lebensrhythmus unserer Kinder angepasst werden und familienfreundlich sein. Ziele der AfD sind darüber hinaus der Erhalt von Förder- und Sonderschulen und

die Übernahme der Fahrtkosten im Schülerverkehr. Kindern und Jugendlichen muss ein breites Angebot an Arbeitsgemeinschaften und Freizeitaktivitäten zur Verfügung stehen.

Um Thüringen zu einem **attraktiven Wirtschaftsstandort** zu machen, müssen den Unternehmen und den gut ausgebildeten Fachkräften auch hervorragende Bedingungen geboten werden. Hierzu gehören: Planaufstellungen und Genehmigungsverfahren in enger Abstimmung mit den Unternehmern, Entlastung der Unternehmen von bürokratischen Hemmnissen und Auflagen, garantierte Digitalisierung und Breitbandverkabelung flächendeckend als Pflichtaufgabe, die Stärkung von ortsansässigen Unternehmen durch Reduzierung der Gewerbesteuer und arbeitsplatzbezogener Förderung von kleinen und mittleren Unternehm-



men (KMU) sowie die Neuordnung des Finanzausgleiches in Thüringen.

Die AfD setzt sich **für eine saubere, planbare und preisgünstige Energieerzeugung** ein und wendet sich gegen die hunderte Milliarden Euro teure und völlig verfehlte „Energiewende“. Ebenso wenden wir uns gegen den kostspieligen und teils naturschädigenden Aufbau neuer Windkraftanlagen, großflächiger Photovoltaikanlagen und neuer Stromleitungsprojekte wie SuedLink und SuedOstLink.

Der **öffentliche Personennahverkehr** sowie der **Individualverkehr** müssen den Bedürfnissen der Bürger entsprechen. Deshalb fordert die AfD den Vorrang von Ortsumgehungstrassen bei stark belasteten Ortsdurchfahrten, eine bessere Anbindung des ländlichen Raumes durch Einbindung von Taxiunternehmen und Rufbussen. Außerdem wendet sich die AfD gegen eng-



stirnte, willkürliche Umweltzonen und Fahrverbote in den Städten.

Alle politischen Ziele der AfD hängen von deren **Finanzierbarkeit** ab. Grundlage für unsere **haushaltspolitische Prioritätensetzung** bilden immer die Interessen und der Nutzen der Bürger. Die AfD setzt sich ein für eine kritische Überprüfung der kommunalen Finanzen, die Abschaffung der Strassenausbaubeiträge, den Ausgleich der **Mehrbelastung durch die Grundsteuerreform** durch Reduzierung der Hebesätze zur Grundsteuer, die Überarbeitung des Abwasserbeseitigungskonzeptes und effiziente Strukturen bei Trink- und Abwasserzweckverbänden.

Unsere **Städte und Dörfer sollen sicherer werden** durch eine neue Prioritätensetzung der Ordnungsverwaltung und Kontaktbereichsbeamten auf Einbruchs-, Gewalt- und Drogenkriminalität sowie eine gezielte Prävention. Insbesondere an den Brennpunkten muss tatsächlich gehandelt werden, anstelle, wie bisher, die Beamtentätigkeit auf Ge-



schwindigkeitsüberschreitungen und Falschparker zu konzentrieren. Straffällig gewordene und abge-

lehnte Asylbewerber müssen konsequent abgeschoben werden. Anreize für Asylbewerber sind zum Beispiel durch den Ersatz von Geld- durch Sachleistungen zu senken.

Mit seiner **landwirtschaftlichen Nutzung** und einem **sanften Tourismus**, der mit Umweltschutz und Landschaftspflege Hand in Hand geht, bildet unser schöner Freistaat Thüringen neben dem Wirtschaftsstandort einen wichtigen Lebensraum und ein interessantes Rückzugsgebiet. Wir möchten auch den Spitzen- und Breitensport nutzen, um den Tourismus zu beleben. Es



geht uns dabei um die konsequente Weiterentwicklung des touristischen Potentials unseres Landes, den Schutz historischer Sehenswürdigkeiten vor Vandalismus sowie landesplanerischen und architektonischen Zumutungen.

Eine **bürgernahe und effiziente Verwaltung** ist Dienstleister für die Bürger bei der Klärung ihrer Anliegen und muss auch von Vollzeitbeschäftigten zeitlich und örtlich gut erreicht werden können. Verwaltungsentscheidungen sollen für den Bürger nachvollziehbar und transparent sein. Sowohl die Kommunalverwaltung als auch die Bürger sind von überflüssigen Prozessabläufen und Antragstellungen zu befreien, zum Beispiel mit Hilfe der Digitalisierung von Anträgen. Besonderes Augenmerk kommt der **Förderung von Vereinen und der ehrenamtlichen Tätigkeiten** zu. Diese fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Kommunen und geben dem Gestaltungswillen der Bürger Kraft.

Am 26. Mai ist Wahltag. Geben Sie Ihre Stimme der AfD!

Danke.

Birgit Noll



Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

– eine Forderung und der Erfolg der AfD

Wer hat's erfunden? Die AfD!

Die Rede ist von der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und der Verhinderung ihrer rückwirkenden Erhebung. Mögen sich CDU und die rot-rot-grüne Landesregierung damit brüsten, dass es dieses Thema so öffentlichkeitswirksam auf die parlamentarische Tagesordnung geschafft hat, das ist der Verdienst der Alternative für Deutschland, genauer gesagt, der Fleiß der Thüringer AfD-Fraktion.

Ungerechte Einnahmequelle für klamme Kommunen

Auf Grundlage des Thüringer Kommunalabgabengesetzes konnten Kommunen sich bisher über Straßenausbaubeiträge mitfinanzieren. Diese Beiträge führen jedoch nicht nur zu hohen Kosten und damit immensen Belastungen gerade für einkommensschwache Haushalte, sie stellen auch eine weitere große Ungerechtigkeit dar: Dass nämlich die Anwohner bzw. Grundstückseigentümer und Inhaber für den Ausbau zahlen, während der Durchgangsverkehr dies nicht tun muss, obwohl er die Straßen ebenso nutzt. Eine rückwirkende Erhebung der Beiträge stellt die Betroffenen zudem vor das Problem der nicht planbaren Geldausgabe. Wer kann schon finanziell sicher in die Zukunft schauen, wenn er womöglich rückwirkend kräftig zur Kasse gebeten wird, weil



der Stadt oder Gemeinde „das Geld ausgeht“?

Unsere Kernforderung
Daher fordert die AfD folgerichtig

die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge als Einnahmenbeschaffungsmaßnahme der Kommunen. Das Geld ist vielmehr vom Land als Zahlung für den Ausfall an die Kommunen bereitzustellen und weiterzugeben. Diese Forderung ist eines unserer Kernthemen und wird deshalb konsequent verfolgt. Mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist einer mangelnden Transparenz gegenüber den ansonsten zur Zahlung verpflichteten Bürgern ebenso vorgebeugt.

Der Erfolg der Arbeit

Die Ausbaubeiträge sollen – auch durch die hartnäckige Arbeit der AfD-Fraktion im Erfurter Landtag – laut Landesregierung noch vor der Sommerpause rückwirkend abgeschafft werden. Derzeit sind sie ausgesetzt, das heißt es werden in den Kommunen keine Bescheide verschickt. Obwohl „dieselbe“ Landesregierung vor einem Jahr behauptete, eine Abschaffung sei nicht möglich. Doch nach einem Gesetzesentwurf der AfD zur Aufhebung der Straßenausbaubeiträge in Thüringen Anfang letzten Jahres musste Rotrotgrün dem Druck nachgeben. Im so wichtigen Landtagswahljahr 2019 sahen sich die bisherigen Verfechter der Beiträge gezwungen zu reagieren. Die AfD treibt die Altpolitik vor sich her und ist deswegen die einzige wirkliche Opposition im Land.

Es zeigt sich wieder: Die AfD wirkt!

Nadine Hoffmann

Bürgernahe Volksvertreter für die Kommunen

Auch die „kleinen“ Organe stecken voller Leben. In den Stadt- und Gemeinderäten und in den Kreistagen kann diskutiert, gestritten und Wichtiges entschieden werden. Man muss sie nur mit demokratischem Leben füllen, das heißt mit engagierten, verantwortungsvollen Bürgern, denen es niemals um sich selbst, sondern um die Sache geht. So wie es in allen Gremien und in den Parlamenten der Fall sein sollte.

Wo manch einem das politische Parkett im Landtag oder gar Bundestag zu pompös ist, bietet das „kleine Organ“ in den Kommunen die Möglichkeit, als Volksvertreter über die Geschicke und zum Wohle der Stadt, der Gemeinde zu handeln.

Diese Arbeit basiert auf dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht. Die Räte sind die wichtigsten Organe

der kommunalen Selbstverwaltung, der Stadtrat ist das Organ der Stadt und der Gemeinderat das der Gemeinde.

Die Kreistage sind die Organe der Selbstverwaltung auf Landkreisebene. Gemeinsam ist ihnen, dass sie keine gesetzgebende, sondern eine ausführende Funktion (Exekutive) haben. Das unterscheidet sie von den Parlamenten, die zur Legislative zählen. So legt der Kreistag beispielsweise die Richtlinien für den Landrat fest, der die Geschäftsführung innehat und die Beschlüsse des Kreistages ausführt. Der Kreistag besteht daher aus den Kreistagsmitgliedern und dem Landrat.

Der Bürgermeister wiederum ist Vorsitzender des Stadtrates, er leitet die Verwaltung der Stadt bzw. Gemeinde. In diesen Organen gibt

es verschiedene Ausschüsse, denen die Mitglieder angehören. Dies alles regelt die Thüringer Kommunalordnung.

Die Stadt- und Gemeinderäte und die Kreistage werden alle fünf Jahre gewählt. Fanden letztes Jahr Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister- und Landratswahlen in Thüringen statt (in wenigen Gemeinden wie in Förzitztal auch Gemeindewahlen), erfolgen dieses Jahr am 26. Mai die Wahlen der Stadt- und Gemeindevertretungen und der Kreistage.

Was die Kommunen so wichtig macht, liegt auf der Hand: Sie sind die mit der größten Nähe zum Bürger. Zumindest theoretisch. Denn auch in den kommunalen Gremien haben es sich die Altparteienvertreter in ihrer Weltfremdheit und Verantwortungslosigkeit in den letzten

Jahren und Jahrzehnten auf Steuerzahlerkosten gemütlich gemacht. Und genau deswegen muss auch die Alternative für Deutschland in den Kommunalvertretungen verankert sein: Um die Bürgernahe in die Kommunalorgane zu bringen.

Deswegen treten wir an, es ist unsere Pflicht. Gegen Widerstände, Diffamierungen und die üblichen Hetzkampagnen seitens der Altpolitik.

Und wir danken allen Kommunalwahlkandidaten für ihren Mut und ihren Einsatz!

Nadine Hoffmann

Provinzfürsten und Kommunalklüngel das Spiel verderben

Auf allen Ebenen gibt es Klüngel und Kungeleien, da müssen wir uns nichts vormachen. Hinter so mancher demokratischen Fassade geht es ausschließlich um Macht und Geld. Auch deswegen steckt Deutschland in einer schweren Krise, aufgrund dieser langen Verfestigung von Strukturen, deren Akteure skrupellos den eigenen Vorteil verfolgen. Diese Verkrustung zu lösen, ist unser Ziel. Dass dies nicht mühelos geschieht und auf erheblichen Widerstand der altpolitischen Profiteure trifft, erlebt die Alternative für Deutschland täglich.

Ob nun auf Bundesebene, auf Landesebene oder auf Kommunalebene, die Nutznießer der Arbeit der deutschen Steuerzahler haben sich ausgebreitet und sich den Staat zur Beute gemacht. Da profitiert der Schwager des Bürgermeisters von üppigen Bauaufträgen. Dort genießt ein guter Bekannter Vorzugsrechte. Hier und da gerät dann mal ein Provinzfürst in die Schlagzeilen wegen mangelnder Transparenz und verschlungener Finanzwege. Wie heißt es: Eine Hand wäscht die andere. Und seit 2015 fließen Millionen auf die Konten einiger Immobilienbesitzer mit Altparteienbuch, die ihre Wohnungen und Häuser an illegale Einwanderer vermieten, nicht selten zu Wucherpreisen.

Auch deswegen muss die AfD in die kommunalen Gremien und Organe, um den bisher Herrschenden auf die Finger zu schauen, den Kurs zu korrigieren und die Interessen des Bürgers zu vertreten.

Aber auch der Bürger selbst kann und sollte seine Rechte nutzen. So sind, in der Regel, Kreistags-

sitzungen und Stadtrats- bzw. Gemeinderatssitzungen öffentlich.

Jeder hat also das Recht, daran als Zuschauer teilzunehmen. Nichtöffentliche Sitzungen bedürfen einer Begründung. Über die Öffentlichkeit bzw. Nichtöffentlichkeit von Sitzungen entscheidet die Mehrheit des Rates bzw. des Kreistages. Die Öffentlichkeit sollte jedenfalls ein starkes Interesse daran haben, die Abstimmungen zu verfolgen, und nicht nur diese, auch die zugehörigen Beratungen. Politiker, die nicht öffentlich beraten und dann nur noch die Hand heben, untergraben die Demo-

kratie und lösen des Desinteresse des Bürgers aus. Und dies vielleicht bewusst, um keine „störenden Gäste“ zu haben. So konnte sich ein um sich selbst kreisendes und von dem Fleiß der Bürger alimentiertes System auch auf Kommunalebene etablieren, das jetzt mit Hauen und Stechen seine Pfründe verteidigt.

Das Argument, das spiele sich doch nur im Kleinen ab und sei deswegen gar nicht so gefährlich, welches hier und da zu hören ist, ist jedoch trügerisch. Denn wenn die Basis schon nicht stimmt, wenn auf kommunaler

Ebene schon unbeobachtet und ungestraft gekungelt wird, dann sagen sich die großen Profiteure in den viel verschlungeneren Parlamenten doch, dass das auch dort funktionieren wird.

Und unter diesen Folgen leidet das Land. Wir rufen daher alle Bürger auf, die Rechte überall auszuschöpfen, um die Mächtigen zu kontrollieren und der Demokratie in Deutschland zu neuem Glanz zu helfen.

Nadine Hoffmann

Am 26.5. AfD wählen!

- Für die Interessen der Familien mit ihren Kindern
- Für den Erhalt der Grund- und Regelschulen
- Für die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen
- Für eine sichere und preisgünstige Energieversorgung
- Für die Förderung von Vereinen und des Ehrenamtes
- Für eine effiziente und bürgernahe Verwaltung
- Für die Stärkung des ländlichen Raumes

**TRAU DICH
THÜRINGEN!**

AfD

Tourismus in Thüringen

Thüringen ist auch das Land der Dichter, Denker sowie herausragender Kulturdenkmäler und bietet für seine Gäste einzigartige Erlebnisse. Bedeutende kulturhistorische Sehenswürdigkeiten sind in unserem Freistaat eng mit landschaftlich reizvollen Regionen verbunden. Erstrangiges Ziel muss es sein, diese kulturhistorischen Schätze zu erhalten und zu pflegen. Ein touristisches Konzept darf sich aber nicht nur auf die „Leuchttürme“ von Kunst und Kultur beschränken, sondern sollte diese Schätze in allen Regionen des

Landes in den Blick nehmen. Theater und Museen müssen in ihrer qualitativen Vielfalt erhalten bleiben.

Zur touristischen Erschließung gehören intakte, gepflegte Wanderwege, die Erhaltung sehenswerter Bauten und nicht zuletzt die Förderung dezentraler Besonderheiten, um flächendeckend im Freistaat zu einem sanften Tourismus einzuladen. Ein erlebens- und liebenswertes Thüringen ist sowohl für seine Einwohner als auch für Besucher eng verbunden mit der Identifikation zur Heimat und der Pflege von Traditionen.

An die Stelle einer transparent gestalteten Erhaltung und Entwicklung von Kultur und Tourismus treten heutzutage immer häufiger Förderungen für ideologisch ausgerichtete Projekte, deren Qualität, die Befähigung der Akteure und die Sinnhaftigkeit der Förderung durch den Steuerzahler angezweifelt werden müssen. Ein reines Ideologie-Konstrukt ist auch die Ausweisung des Grünen Bandes als „Nationales Naturmonument“, dessen erklärtes Ziel die Aufwertung der ehemaligen Grenzregion zwischen Thüringen und Hessen

sowie Bayern für den Tourismus sein soll. Unter dem Deckmantel des Naturschutzes sind kommunale und private Grundstückseigner von massiven Einschränkungen in der Nutzung und den Eigentumsrechten betroffen. Hinzu kommen hohe Kosten für den Steuerzahler.

Die Pflege von Kunst und Kultur, von Tourismus und Naherholung in Thüringen schafft zudem Arbeitsplätze und dient Gewerbetreibenden, wie Händlern, Gastronomen und Beherbergungsunternehmen.

Birgit Noll

Europa: Worum es uns geht

Unser Europawahlprogramm

Das Europawahlprogramm der AfD hat hohe Wellen geschlagen – zu Recht. Denn erstmals will eine Volkspartei den Bürgern die Möglichkeit in die Hand geben, selbst und direkt über die bedeutende Frage der Europapolitik zu entscheiden.

Will die AfD den DEXIT?

Der DEXIT – der Austritt Deutschlands aus der EU – kommt für uns nur als letztes Mittel in Frage, falls alle Reformansätze scheitern sollten. Wir sind der Meinung, dass die Europäische Union dringend reformiert und auf eine gerechte Grundlage gestellt werden muss. Wir treten für einen Bürokratieabbau, eine Verbesserung demokratischer Kontrollmöglichkeiten und eine Wiederherstellung der Souveränität der Nationalstaaten und ihrer Bürger ein. Falls sich diese grundlegendsten Forderungen aufgrund der Blockadepolitik der Altparteien, ihrer Lobbyisten sowie der europäischen Institutionen nicht erfüllen lassen, so muss die Möglichkeit eines Austritts Deutschlands aus der Union als letzte Option existieren. Nur dadurch wird signalisiert, dass die Bürger die Zumutungen der bisherigen Unionspolitik, gerade in der Frage der Masseneinwanderung und der Bankenrettung nicht weiter hinnehmen werden. **Ein geordneter DEXIT als letzte Option wäre zweifellos dem ungeordneten Zusammenbruch vorzuziehen, der schon in wenigen Jahren droht** – einem Zusammenbruch, den die Union durch ihre voreilige und überzogene Ausdehnung sowie die völlig falsche Handhabung der noch immer schwelenden Einwanderungs-, Vertrauens- und Über-

schuldungskrisen übrigens selbst zu verantworten hätte.



Ein Europa der Nationen

Europa ist ein Kontinent mit unterschiedlichen nationalen Kulturen und Traditionen und soll dies auch bleiben. Aus diesem Grund lehnen wir einen europäischen „Superstaat“ oder die „Vereinigten Staaten von Europa“ ab, sondern setzen auf ein Modell, in dem die Souveränität der Staaten erhalten bleibt und in dem Institutionen wie etwa der Europäische Gerichtshof nicht die Möglichkeit haben, ihre Kompetenzen aufgrund ihrer eigenen Rechtsprechung auszuweiten und somit die Rechte der Staaten auszuhöhlen.

Ein Europa der Nationen benötigt weder einen Wust aus kostspieligen bürokratischen Institutionen noch ein EU-Parlament, das eigenmächtig Zentralisierungsbestrebungen vorantreibt.

Volksabstimmungen zu Europafragen

Die Diskrepanz zwischen dem demokratischen Image, das sich die EU gibt, und der Realität könnte kaum größer sein: Sobald es, wie von der AfD angeregt, um Volksabstimmungen zu den wesentlichen Fragen wie der Mitgliedschaft in der Union oder der gemeinsamen Währung

Euro geht, winken die Politiker der Altparteien ab und gerade die selbsternannten „Demokraten“ verlieren das Vertrauen in die Demokratie: Europa sei demnach eine Sache, die man besser hochbezahlten Experten überlasse, während die Bürger sich doch bitte mit ihrer Rolle als Steuerzahler begnügen sollten. Egal, wie viele Mittel die EU für ihre Eigenwerbung bereitstellt, und egal ob diese Eigenwerbung als politikwissenschaftliche Forschung, als Unterrichtsmaterial oder als moderne Jugendbewegung getarnt ist – längst gelingt es der Union nicht mehr, ihr massives Demokratiedefizit zu verschleiern.

Bekämpfung von Lobbyismus und überflüssiger Bürokratie

Die EU ist willkommener Ansprechpartner, wenn es darum geht, die Interessen großer Konzerne durchzusetzen, die in den europäischen Bürgern kaum mehr sehen als Datenlieferanten mit jeweils zugehöriger Kaufkraft. Die EU tut wenig, um die Bürger ihrer Mitgliedsstaaten zu schützen. Stattdessen wurde eine teure und undurchsichtige EU-Bürokratie errichtet, die Lobbyisten Angriffsfläche jeder Art bietet. **Die AfD will diese Bürokratie abbauen, die Einflussnahme großer Firmen beschränken und die legalen wie die illegalen Arten der Korruption innerhalb der EU beenden:** Alle Kontakte mit Lobbyisten müssen registriert und veröffentlicht werden, um die Union transparenter und damit auch demokratischer zu machen.

Transferunion beenden!

Die Überschuldungskrise hat gezeigt, dass die gemeinsame Währung

„Euro“ nicht, wie beabsichtigt, ein wirtschaftlicher und politischer Stabilitätsanker ist, sondern chaotische Zustände gerade für die deutschen Steuerzahler heraufbeschworen hat: Längst finanzieren sie die extrem unsolide Haushaltspolitik vieler Staaten, unterstützen Banken und sorgen dafür, dass sich Spekulanten ungehemmt bereichern können. **Die Probleme der gemeinsamen Währung sind mit der sogenannten „Bankenrettung“ übrigens keineswegs gelöst, sondern nur verschleppt worden.** Milliardensummen wurden geopfert, um die Illusion eines funktionierenden Finanzsystems aufrechtzuerhalten. Deutschland muss sich der bestehenden Transferunion entziehen, zumal das Erwerben in der bevorstehenden Krise wegen der zügellosen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank unter Mario Draghi nochmals weitaus teurer werden könnte als alle vorangegangenen Transfers und Bankenrettungen.

Eine gemeinsame Währung von Staaten mit stark unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungskraft wird die Gegensätze nicht beseitigen, sondern verschärfen. Sie wird darüber hinaus populistische Politiker leistungsschwächerer Staaten dazu verleiten, weiterhin Wahlversprechen auf Kosten der Steuerzahler anderer Länder zu machen. **Nur eine nationale Währung und eine nationale Geldpolitik erlauben die nötigen finanzpolitischen Eingriffe, eine Volkswirtschaft gerade in turbulenten Zeiten im Gleichgewicht zu halten.** Der Euro ist ebenso gescheitert wie Merkels überhebliche Europavisionen – und Merkel selbst.

Wolfgang Klinghammer

Für ein Europa der Freiheit



Die EU spricht oft von „Freiheit“ und nennt in diesem Zusammenhang gerne die so genannten „vier

Freiheiten“ – wobei die Freiheit des „Warenverkehrs“ nicht ohne Grund an erster Stelle steht – gefolgt von der Freizügigkeit, der Dienstleistungsfreiheit und dem freien Kapital- und Zahlungsverkehr. Diese Freiheit ist vor allem die Freiheit von Konzernen, nationale Grenzen zu ignorieren und ungehindert ihrem Profitstreben nachgehen zu können. Es ist die Freiheit, eine kostspielige EU-Bürokratie zu errichten, die den Handlungsspielraum ihrer Mitglieder einschränkt.

Eine solche Art der „Freiheit“ hat einen hohen Preis: Sie geht einerseits auf Kosten der Sicherheit, weil das Fehlen von Grenzkontrollen von Kriminellen ausgenutzt wird. Andererseits wird auch der Wohlstand der Bürger massiv durch die ausufernde

EU-Bürokratie beeinträchtigt. Der Regelungswahn der Eurokraten, der sich jüngst in Form der völlig verunglückten und von Lobbyisten geprägte „Datenschutzgrundverordnung“ gezeigt hat, stellt vor allem private Seiten- und Blogbetreiber vor rechtliche Probleme und ist kaum mehr als ein Konjunkturprogramm für Rechtsanwälte.

Die EU beschneidet gerade jene Freiheiten und Rechte, die nur ein funktionierender Nationalstaat garantieren kann. Sie wächst, sie eignet sich Kompetenzen an, die ihr nicht zustehen und sie engt den Handlungsrahmen ihrer Mitgliedsstaaten ein. Unterdessen entwickelt sie sich zu einem vom Bürger finanzierten Mediendienstleister großer Konzerne, der einer Ideologie des

grenzenlosen Wachstums folgt und plant, demnächst auch noch eigene Europa-Steuern zu erheben.

Dabei wird vergessen: **Die Stärke Europas liegt nicht in der geographischen Ausdehnung eines weltfremden Politgebildes, nicht in Profit-Zuwachsraten, die im besten DDR-Propagandastil geschönt und gefeiert werden, sondern in den Kulturen und Traditionen seiner Völker.**

Dort, wo aufgrund finanzieller Interessen und der Einwanderung in die Sozialsysteme die Freiheitsrechte und die Sicherheit europäischer Bürger massiv beeinträchtigt werden, zeigen sich die wahren Auswirkungen der verhängnisvollen EU-Politik;

weiterlesen auf Seite 6

„Bürgernehe“ Union?

Der „Hauch der Freiheit“, der inzwischen auf jedem deutschen Weihnachtsmarkt spürbar ist, wo Merkel-Poller stehen und Polizisten mit Maschinenpistolen Streife laufen müssen, ist ein schwacher Vorgeschmack einer zukünftigen Gesellschaft, die keine staatlichen Grenzen mehr kennt. **Die absolute wirtschaftliche Freiheit geht zunächst auf Kosten der Sicherheit und wird schließlich auch die Freiheit jedes einzelnen Bürgers massiv einschränken.** Denn die Zunahme der Kriminalität stellt den Staat vor Aufgaben, für die er keine Lösungen kennt; Stattdessen soll den Bürgern mittels einer Ausdehnung der Massenüberwachung ein Sicherheitsgefühl vermittelt werden, das nichts mit der fatalen, durch die Merkel-Politik geschaffenen Bedrohungslage zu tun hat.

Freiheit heißt für uns auch (aber nicht nur!) Freiheit von terroristischen und kriminellen Bedrohungen. Es bedeutet die Freiheit, die Politik wieder selbst in die Hand zu nehmen und nicht weltfremden Bürokraten aus Brüssel zu überlassen, die von den „Vereinigten Staaten von Europa“ schwadronieren – wobei bereits ein Blick auf die soziale Lage im großen Vorbild USA ausreichen sollte, derartige Wahnvorstellungen ein für alle Mal zu kurieren.

Ein Europa der Freiheit kann nur ein Europa freier Völker sein!

Längst ist das Demokratiedefizit der EU ein offenes Geheimnis, wenn sich auch die Altparteien gegen diese Erkenntnis sträuben.

Die EU gibt sich in ihren Hochglanzbroschüren gerne bürgernah, demokratisch und transparent – das Gegenteil ist der Fall. Denn die Institutionen der Union genügen noch nicht einmal den Mindestanforde-



rungen an den Demokratiebegriff. Dies zeigt sich gerade bei den Wahlen zum Europaparlament:

- Nicht jede Stimme zählt gleichermaßen: Größere Staaten sind daher von den Abgeordneten zahlenmäßig massiv unterrepräsentiert. Zugespitzt ausgedrückt: Eine Wählerstimme aus Malta oder Luxemburg hat nahezu das zehnfache Gewicht einer Stimme aus Deutschland.

- Eine Demokratie benötigt eine öffentliche Diskussion über die richtige Politik. Eine solche Diskussion existiert auf europäischer Ebene nicht – stattdessen wird die Politik von Fachzirkeln in undurchsichtigen Verfahren ausgehandelt.

- Eine „Volksherrschaft“ setzt ein Volk voraus. Es gibt kein „europäisches Volk“ und alleine dieser

Die schönfärbischen Selbstdarstellungen der Union thematisieren diese Punkte nicht, sondern liefern ein realitätsfernes Bild, wonach Bürger direkten Einfluss auf die EU-Politik nehmen könnten. Dort jedoch, wo sie dies zu tun versuchen, ohne der engstirnigen EU-Ideologie zu folgen, wird ihnen durch eine verschleierte Expertensprache („Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“) und die Ablehnung von Volksabstimmungen signalisiert, es sei besser, Europa den Politikern zu überlassen – ausgerechnet jenen Politikern, die die völlig verfehlte Einwanderungspolitik, die desolate Lage des europäischen Finanzsystems, die verlogenen Versprechungen und das Wecken falscher Hoffnungen auf eine Besserung zu verantworten haben.

Eine tatsächlich bürgernahe Union würde eine Politik betreiben, in der die Bürger ihre Interessen einbringen können und aus der sie sich notfalls auch verabschieden können, sollten sie keinen Nutzen mehr darin sehen.

Es ist an uns – es ist an den Bürgern, einer selbtherrlichen, weit von der Realität entfernten politischen Funktionärskaste eine Lektion in Sachen Demokratie zu erteilen.

Wolfgang Klinghammer

Begriff würde die zahlreichen nationalen, kulturellen und religiösen Traditionen aller europäischen Völker verhöhnern.

- Die Institutionen der Union sind durch Abgeordnete und Mitarbeiter aus den Mitgliedsstaaten besetzt – dort herrschen aber völlig unterschiedliche Wahl- und Regierungssysteme, so dass sich hier starke Verzerrungen ergeben.

Auf dem Weg zum europäischen Superstaat

Die „Unionsbürgerschaft“

Wussten Sie, dass Sie Bürger der Europäischen Union sind? Nicht nur Bürger eines Staates, der zufällig der Union angehört, sondern Unionsbürger, wie es in Artikel 20 des „Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ festgelegt wurde?

Man sollte davon ausgehen, dass Bürger wissen, welche Bürgerschaft sie besitzen, welche Rechte und Pflichten damit verbunden sind, wie sie zu ihrem Staat stehen und was ihnen dies bedeutet. Im Falle der „Unionsbürgerschaft“ trifft nichts davon zu – kaum einer der plötzlich und unfreiwillig Eingebürgerten dürfte dazu ausreichend informiert sein. Was also hat es damit auf sich – vor allem dann, wenn neben die Bürgerschaft auch noch eine „Europa-Hymne“ und eine „Europa-Flagge“ – also die klassischen Symbole eines Staates – treten? Zweifellos soll damit der Eindruck erweckt werden, die EU sei ein Staat oder befinde sich in der Entwicklung dazu. Das erste ist nachweislich falsch, das zweite wäre ein Szenario, das sowohl die Souveränität der Mitgliedsstaaten wie auch

deren Demokratien faktisch beseitigen würde – ein Szenario also, das unter allen Umständen abgewendet werden muss. Ein Szenario allerdings auch, das von den Altparteien in Europa als alternativloser Weg vorgesehen ist, wie sich etwa durch das Gerede von einer „immer engeren Union“ zeigt.

Was ist die EU?

Ursprünglich handelt es sich bei den Vorgänger-Institutionen der EU (die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, später die Europäische Gemeinschaft) um Vertragswerke, die im Sinne eines „Europas der Vaterländer“ zwischen souveränen Staaten geschlossen wurden und die in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens viel zur Versöhnung und zum Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg beitrugen.

Die EU allerdings hat andere Ziele: Längst hat sich eine überstaatliche Ebene etabliert, die durch eigenständige Gesetzgebung und Rechtsprechung mehr und mehr Kompetenzen an sich reißt. Entgegen der Selbstdarstellung der Union unterliegen viele

der EU-Institutionen keiner echten demokratischen Kontrolle.

Die Zukunft der Union

Der verharmlosend als „europäische Integration“ bezeichnete Prozess höhlt schleichend nicht nur die Rechte der Staaten aus; Er schafft eine Vielzahl unnötiger bürokratischer Regelungen und kostspieliger, aber sinnfreier Verwaltungsposten. Er führt auch zu einer Bevormundung und stellt Lobbyismus weit über die Interessen der Bürger.

Ein europäischer „Superstaat“

würde bedeuten, dass Entscheidungen zentralisiert und fernab von den konkreten Lebenslagen der Bürger getroffen werden. Nur eine starke Gruppe im Europaparlament, die sich aus Patrioten vieler Staaten zusammensetzt, kann eine solche Entwicklung verhindern und die vielfältigen Kulturen Europas bewahren, anstatt sie einem globalen, von großen Konzernen dominierten Markt zu opfern. Noch ist Zeit, gegenzu-steuern.

Wolfgang Klinghammer



Deutschlands Isolation in Europa

Ausgerechnet jener Staat, der seine eigene Identität verleugnet und durch eine konstruierte Europa-Identität ersetzen möchte, macht sich zum Außenseiter – dank überheblicher und realitätsferner rotgrüner Visionen.

Die deutsche Europapolitik ist eine Politik der verfehlten Chancen: Statt die EU demokratisch, transparent und effizient zu machen, bemühte sich Kanzlerin Merkel darum, Deutschland zu einem „Musterknaben“ zu machen – ungeachtet der Tatsache, dass gerade Musterknaben alles andere als beliebt sind: Angestrebt wurde eine deutsche Vorreiterrolle innerhalb einer verhängnisvollen Einwanderungs-, einer industriefeindlichen Klima- und einer abstrusen, jede Realität verhöhnenden „Gender“-Politik. Die Interessen der Bürger wurden zugunsten der Europa-Ideologie aufgegeben, ein pathologischer Schuld kult um die eigene Vergangenheit sollte dazu dienen, die Bürger dauerhaft zu entmündigen.

Auch innerhalb der EU hat gezeigt, dass die Beliebtheit derartiger Musterknaben nur soweit reicht wie deren Scheckbuchdiplomatie. Mit der



Foto: Pxabay / Berlinerfotograf – James Rea

Verleugnung eigener Interessen ging eine schleichende Bevormundung einher: Nicht nur isolierte Merkel Deutschland durch ihre Rolle als selbsternannte und allein verantwortliche Weltenretterin, sie begann auch, andere europäische Staaten für gegensätzliche (sprich: gesunde) Auffassungen zu kritisieren.

Wir leben in einem Staat, der den Respekt vor seinem Souverän verloren hat. Es ist ein Staat, der illegale

Einwanderer stärker unterstützt als bedürftige Familien – Ein Staat, der die deutsche Geschichte als Legitimation für antideutsche Politik nutzt und der einen Ausdruck von Modernität darin sieht, sich ein „drittes Geschlecht“ herbei zu fantasieren. Ein Staat, der seine innere und äußere Sicherheit opfert, und der naiv genug ist, anzunehmen, man könne einen zahmen, grundgesetzkonformen Euro-Islam schaffen, solange man nur

genug Geld investiere, alle Konflikte herunterspielen und die Ziele des politischen Islam verharmlose.

Die Regierung eines solchen, fehlgeleiteten Staats kann in Europa und der Welt nur an Achtung verlieren. Wenn dieser Staat sich auch noch anschickt, jene zu bevormunden und zu maßregeln, die Naivität als Naivität und Unsinn als Unsinn bezeichnen, macht er sich keine Freunde, sondern isoliert sich grundlegend und zerstört damit gerade jenes europäische Projekt, für das er seine Selbstaufgabe so zielstrebig vorantreibt.

Kaum jemand hat besser deutlich gemacht, was er von einer derartigen Politik hält als der tschechische Staatspräsident Miloš Zeman: „Falls Sie in einem Land leben, in dem Sie für das Fischen ohne Anglerschein bestraft werden, jedoch nicht für den illegalen Grenzübertritt ohne gültigen Reisepass, dann haben Sie das volle Recht zu sagen, dieses Land wird von Idioten regiert.“

Und Idioten sind in der nationalen Politik genauso unbrauchbar wie als europäisches Vorbild.

Wolfgang Klinghammer

Das Vokabular der EU

Längst haben die Eurokraten eine eigene Ausdrucksweise geschaffen, die im Stil des dystopischen Romans „1984“ dazu dient, Kritik zu unterbinden und die eigene Politik als alternativlos darzustellen. Diese Ausdrucksweise, die von sämtlichen staatlichen und den meisten privaten Medien übernommen wurde, findet schleichend Eingang in das Denken der Bürger – vor allem dann, wenn sie unreflektiert aufgenommen und wiedergegeben wird. Im Folgenden einige Beispiele:

„Mehr Europa“

Ebenso wie der Begriff des Wachstums so scheint auch der Europabegriff immer von dem Wörtchen „mehr“ begleitet zu werden: Man wolle, so die bis zur Ermüdung wiederholte Formulierung „mehr Europa“ – Was aber soll das sein? **Europa ist ein Kontinent, von daher ist die Formulierung genauso sinnfrei wie die von „mehr Asien“.** Geopolitisch verstanden kann „mehr Europa“ nur bedeuten, die Union in weitere Gebiete auszudehnen und damit das Konfliktpotenzial in der unmittelbaren Nachbarschaft massiv zu erhöhen. Denn spätestens mit dem geplanten Aufbau einer einheitlichen europäischen Armee verliert die Union die von ihr propagierte Rolle

als „Friedensstifter“.

„Antieuropäisch“

Der Begriff „antieuropäisch“ soll suggerieren, dass jede Kritik an der Union oder auch nur an ihren intransparenten und undemokratischen Praktiken einem böartigen Angriff gleichkommt: EU-Skeptiker und EU-Kritiker werden alleine durch diesen Begriff zu „Feinden Europas“ erklärt. Indem man Anhänger einer solchen Meinung mundtot machen möchte, soll eine Sachdiskussion, deren Ausgang angesichts der katastrophalen Finanz- und Einwanderungspolitik der Union ohnehin abzusehen wäre, vermieden werden.

Die EU-Propaganda verdreht die Tatsachen völlig: **Denn wer tatsächlich für Europa, für die Vielfalt und das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintritt, wird sich mit Sicherheit von der EU und ihrer destruktiven Politik abzuwenden.**

„Überzeugter Europäer“

Haben Sie schon einmal einen „überzeugten Afrikaner“ oder einen „überzeugten Asiaten“ getroffen? Vielleicht dient diese Analogie ja dazu, einmal über die fehlende Logik dieses Begriffspaars nachzudenken; **Der Europabegriff wird bewusst mit der EU-Ideologie vermischt,**

die nicht das geringste mit Europa, seinen Völkern und Bürgern zu tun hat.

„Nationaler Egoismus“

Immer wieder bemühen die Altparteien diese seltsame Begriffskombination, die eine schiefe Logik offenbart. Denn Egoismus ist der Drang, persönliche Interessen auf Kosten anderer durchzusetzen. Nationales Denken dagegen bedeutet, dass persönliche Interessen hinter denen der Nation zurückstehen – es ist damit keineswegs egoistisch, sondern lebt von Verantwortung und Aufopferungsbereitschaft. Paradox ist zudem, dass der Vorwurf des Egoismus gerade von jenen politischen Kräften kommt, die sich seit Jahrzehnten auf überaus egoistische Art gegenüber ihren eigenen Bürgern betätigen und sich ihren EU-Lobbyismus auch noch bestens bezahlen lassen.

Dort, wo diesem Verhalten ein Riegel vorgeschoben wird – etwa dann, wenn die britischen Bürger entscheiden, sich der Bevormundung und Einmischung durch Brüssel zu entziehen, so ist dies eben kein „Egoismus“, sondern die Wahrung der nationalen Souveränität, die es nicht zu verurteilen und zu bekämpfen, sondern zu respektieren gilt. Es

liegt damit in der Hand der Bürger, ob sie sich weiter von der massiv subventionierten Propaganda der EU täuschen lassen oder mit der Wahl einer starken patriotischen Gruppe eine grundlegende Politikwende einleiten.

Es ist keineswegs „egoistisch“ oder „antieuropäisch“ die bürgerfeindliche Politik der Union anzusprechen. Eine starke AfD im Europäischen Parlament wird dazu beitragen, den einen oder anderen hauptberuflichen Alteuropäer, der auf einen goldenen Ruhestand auf den Hinterbänken des Parlaments gehofft hatte, auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen.

Wolfgang Klinghammer



Für Sie in Thüringen

Bundestagsabgeordnete

Anschrift

Stephan Bandner
Bürgerbüro Erfurt
☎ 0361 60279630

Iderhoffstraße 37
99085 Erfurt

Bürgerbüro Gera
☎ 0365 20424130

Rudolf-Diener-Str. 21
07545 Gera

Bürgerbüro Sömmerda
☎ 03634 6922888

Weißenseer Str. 8
99610 Sömmerda

Marcus Bühl

Wahlkreisbüro Gotha
☎ 03621 3502993

Siebleber Straße 2
99867 Gotha

Wahlkreisbüro Ilmenau
☎ 03677 8119495

Am Vogelherd 10
98693 Ilmenau

Dr. Anton Friesen

Wahlkreisbüro Suhl
☎ 03681 4567660

Würzburger Str. 3
98529 Suhl

Wahlkreisbüro Meiningen

Mauergasse 4 a
98617 Meiningen

Jürgen Pohl

Bürgerbüro Mühlhausen
☎ 03601 7643494

Kurze Jakobstraße 3
99974 Mühlhausen

Bürgerbüro Nordhausen
☎ 03631 4189741

Hesseröder Straße 11
99734 Nordhausen

Bürgerbüro Sondershausen
☎ 03632 8259560

Hauptstraße 41
99706 Sondershausen

Dr. Robby Schlund

Wahlkreisbüro Gera
☎ 0365 55258316

Jägerstraße 1
07548 Gera

Wahlkreisbüro Altenburg
☎ 03447 8957437

Johannisstraße 2
04600 Altenburg

Landtagsabgeordnete

Anschrift

Björn Höcke
Bürgerbüro
☎ 03606 6070305

Kasseler Tor 21
37308 Heilbad Heiligenstadt

Stefan Möller

Bürgerbüro Eisenach
☎ 03691 6580059

Wartburgallee 48
99817 Eisenach

Olaf Kießling

Bürgerbüro Arnstadt
☎ 03628 5194540

Rosenstraße 22
99310 Arnstadt

Corinna Herold

Bürgerbüro Hildburghausen
☎ 03685 4133081

Markt 2
98646 Hildburghausen

Bürgerbüro Erfurt
☎ 0361 21830902

Konrad-Zuse-Straße 12/416
99099 Erfurt

Wiebke Muhsal

☎ 0176 81388358

buero-muhsal@afd-thl.de

Jörg Henke

Bürgerbüro Eisenberg
☎ 036691 837305

Markt 2
07607 Eisenberg

Thomas Rudy

Bürgerbüro Schmölln
☎ 034491 206317

Lorenzstraße 17
04626 Schmölln

Stark durch Ihre Hilfe...

Unser Bundesland, Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen und Aufgaben. Die jetzigen politischen Entscheidungsträger verlagern nur allzu oft die Auswirkungen ihres ideologisch geprägten Handelns in die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde.

Gerecht wäre jedoch, für eigenes Handeln auch selbst die Verantwortung zu übernehmen.

Dafür brauchen wir Ihre besondere Unterstützung. Bitte helfen Sie mit, dass wir uns in den Wahlkämpfen ausreichend Gehör verschaffen können. In vielen Medien kommen wir nicht angemessen und ausgewogen zu Wort. Um die Wähler zu informieren, benötigen wir ausreichend Informationsmaterial und Werbemöglichkeiten. Wir müssen frühzeitig planen, bestellen und drucken

und freuen uns über Ihre Geld- oder Sachspende.

Jetzt haben wir die Chance, die politische Landschaft zu verändern. Nutzen wir sie, machen Sie dabei mit, unterstützen Sie uns!

Spenden und Mitgliedsbeiträge für die Alternative für Deutschland sind als Spenden an eine politische Partei nach §34g EStG in besonderem Maße steuerlich begünstigt. Bis

zu einer Obergrenze von 1650 € für Alleinstehende / 3300 € für Ehepaare sind Ihre Spenden steuerlich absetzbar.

Bitte geben Sie auf der Überweisung Ihre vollständige Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenquittung zukommen lassen können.

Schatzmeister Stefan Schröder

Kontoverbindung AfD Thüringen

Empfänger: AfD Landesverband Thüringen
IBAN: DE51 8405 1010 1010 0693 02
BIC: HELADEF1ILK
Bank: Sparkasse Arnstadt-Ilmenau

Vielen Dank für Ihre Unterstützung beim Kampf zur Durchsetzung unserer politischen Ziele.

Impressum

www.thueringenpost.de · info@thueringenpost.de
Alternative für Deutschland, LV Thüringen,
Birgit Noll, Alte Chaussee 87, 99097 Erfurt-Waltersleben
Informationen: www.afd-thueringen.de · www.facebook.com/AfD.Thueringen

Die AfD ist eine demokratische, verfassungskonforme Partei Deutschlands. Mitglieder müssen versichern, dass sie keiner rechtsextremen, linksextremen oder ausländerefeindlichen Organisation angehören und sich vorbehaltlos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen.

